

Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 16.02.2006

Vorlage Nr. 06-F-05-0002

**Schülerwahlen jetzt auch in Wiesbaden
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 27.01.2006 -**

Der Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Wahlrecht ist wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie. Aus diesem Grund sollten junge Menschen bereits in der Schule mit der Praxis einer Kommunal-, Landtags-, Bundestags- oder Europawahl vertraut gemacht werden.

Neben den theoretischen Grundlagen, die bereits Gegenstand des Unterrichts sind, sollte den Schülern durch eine sog. Schülerwahl vermittelt werden, was es heißt, selbst Wahlentscheidungen bei einer Vielzahl von politischen Wahlbewerbern und Wahlprogrammen treffen zu müssen. Dies ist insbesondere bei dem neuen Kommunalwahlrecht mit der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens geboten, welches leider immer noch vielen Bürgern nicht ganz verständlich ist. Die Ergebnisse einer solchen Schülerwahl böten sowohl den Schülern die Möglichkeit, ihre Entscheidungsbildung zu analysieren, als auch den Politikern Hinweise auf die Resonanz ihrer Politik bei der Schülergeneration.

Der Magistrat wird daher aufgefordert,

den Wiesbadener Schulen durch entsprechende Unterstützung – vor allem durch eine ausreichende Zahl von Muster-Wahlzetteln – zu ermöglichen, bereits im Zusammenhang mit der nächsten Kommunalwahl am 26. März 2006 und mit allen weiteren Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen sog. Schülerwahlen durchzuführen. Der Magistrat wird die Wiesbadener Schulen über diese Möglichkeit sowie über die von der Stadt angebotene Unterstützung rechtzeitig informieren und die Durchführung der Schülerwahlen abstimmen. Die Wahl sollte am letzten Schultag vor dem jeweiligen Wahltag durchgeführt werden. Die Stimmenauszählung sollte am darauffolgenden Montag durch die Schülerinnen und Schüler selbst erfolgen. Generell sollte den Schulen pädagogisches Material zur Verfügung gestellt werden, das insbesondere das Wahlverfahren vermittelt.

Beschluss Nr. 0112

Der Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 27.01.2006 betr.

Schülerwahlen

wird abgelehnt.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2006

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .02.2006

Dezernat VIII
Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister